

AfD, Pegida - Alter Wein in neuen Schläuchen?

Ausgrenzung und Ungleichheit: aktuelle Entwicklungen des Rechtspopulismus in Rheinland-Pfalz

Rechtspopulistische Bewegungen, Organisationen und Parteien haben in den letzten Jahren in der gesamten Europäischen Union an Zulauf und Bedeutung gewonnen. In der Bundesrepublik Deutschland sind vor allem die Pro-Bewegungen (Pro NRW, Pro Köln, Pro Mainz usw.) in Erscheinung getreten. In jüngster Zeit hat sich mit den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA)“ zumindest regional eine Bewegung verfestigt, die zunächst im außerparlamentarischen Bereich agiert. Daneben hat sich mit der „Alternative für Deutschland (AfD)“ eine Partei konstituiert, die bereits im Europäischen Parlament und in vier Landesparlamenten (Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Hamburg) vertreten ist und die gegenwärtig einige inhaltliche Elemente des Rechtspopulismus aufweist.

Der Rechtspopulismus ist eine **politische Strategie** von extremen Rechten und Rechtskonservativen und weniger eine geschlossene Ideologie. Rechtspopulist_innen treten betont bürgerlich auf. Sie vermeiden eindeutig faschistische Worte wie „völkisch“ oder „Blutabstammung“, um auf diese Weise eine erhöhte Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. So wird zum Beispiel Rassismus über die Kultur begründet. Daher wird auch von Kulturrassismus gesprochen: Statt dem deutschen Volk, das von Ausländern bedroht sei, würde die deutsche bzw. abendländische Kultur durch Einflüsse einer außen stehenden Kultur (also Migranten) zerstört.

Zentrale Inhalte

Der Rechtspopulismus umfasst viele verschiedene Strömungen, die unterschiedliche Inhalte vertreten. Dennoch gibt es bei rechtspopulistischen Akteuren wesentliche **Gemeinsamkeiten**.

Ausgangspunkt ist die Vorstellung eines **widerspruchsfreien, homogenen Volkskörpers**, der in aller Regel national konstruiert ist und grundsätzlich die Deutschen (die wiederum von der Abstammung zu bestimmen seien) meint, und nicht die anderen Bevölkerungsteile, wobei diese Denkfigur dem Konzept der Volksgemeinschaft inhaltlich nahe ist. Die scheinbaren objektiven, gemeinsamen Interessen des Volkes würden durch eine korrupte politische Elite („Altparteien“) nicht vertreten oder sogar verraten. Der Rechtspopulismus formuliert einen Gegensatz zwischen „**Wir** da unten“ und „**Die** da oben“, wodurch das Volk als Opfer begriffen wird. In der eigenen Betrachtung gehören Rechtspopulist_innen zum betrogenen Volk. Es gäbe einen genuinen (natürlichen) Volkswillen, der von einer schweigenden Mehrheit getragen würde, aber keine Chance auf Durchsetzung gegenüber der Politikerklasse hätte. Der Rechtspopulist reklamiert für sich, den Volkswillen erkannt zu haben und präsentiert sich als dessen möglicher Vollstrecker.

Um diese Welt-Erklärung zu untermauern, sind **Verschwörungstheorien** ein wichtiger Bestandteil der Rhetorik. Eine der zentralen Behauptungen ist die von gleichgeschalteten Medien, die nur die Interessen und die Argumentationen der Elite veröffentlichen, den wahren Volkswillen aber bewusst ignorieren oder sogar - gesteuert durch die Elite - mit Falschbehauptungen zu manipulieren versuche. Alle anderen Meinungen als die der Elite würden totgeschwiegen und an den Rand gedrängt.

Beim Rechtspopulismus dominieren **rassistische Einstellungen** und Vorurteile. Migration wird ausschließlich als Bedrohung von außen begriffen. Daraus ergeben sich oft gegen Migrant_innen gerichtete Behauptungen bis hin zur Hetze. Überhaupt gibt es im Rechtspopulismus zumindest eine Relativierung des Pluralismus und von Minderheitenrechten. Wenn es einen einheitlichen Volkswillen gibt, kann und darf es keine Eigeninteressen von Minderheiten geben. Entsprechend sind auch andere Minderheiten im Visier des Rechtspopulismus: homophobe Überzeugungen und Aktionen finden hier große Zustimmung. Aber nicht nur Minderheiten und deren Rechte werden ausgeblendet, alles was einem imaginierten kulturellen Idealbild entgegensteht, wird bekämpft. So gehören antifeministische Positionen zum Kanon des Rechtspopulismus. Wenn bspw. durch die Selbstständigkeit von Frauen weniger Kinder geboren werden und damit das (deutsche) Volk geschwächt würde, müssen für den Rechtspopulismus frauenemanzipatorische Entwicklungen rückgängig gemacht werden.

Der Rechtspopulismus greift grundsätzlich **Vorurteile** in der breiten Bevölkerung auf und bedient und verschärft diese. Für Rechtspopulist_innen gibt es bei gesellschaftlichen Krisen und Interessenkonflikten einfache Schein-Erklärungen und -Lösungen, die durchgehend einen autoritären Charakter aufweisen. Die in der Bevölkerung vorhandenen Modernisierungs- und Globalisierungsängste (z. B. Angst vor sozialem Abstieg) werden zugespitzt und für soziale Probleme ein vermeintlich Schuldiger präsentiert, bspw. „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“. So wird der Zahl der Arbeitslosen die Zahl der Migrant_innen gegenübergestellt, woraus sich scheinbar die Lösung des gesellschaftlichen Problems der Arbeitslosigkeit ergibt: Um Arbeitslosigkeit zu reduzieren muss in dieser Logik die Zahl von Migrant_innen reduziert werden. Bei der rechtspopulistischen Rhetorik spielen Fakten keine Rolle, wie z. B. die tatsächliche Zahl von Migrant_innen und deren Lebenssituation.¹ Auf internationaler, globaler Ebene wird meist die USA als alleiniger Schuldiger von Krisen ausgemacht, die ihre Interessen einseitig gegen die Deutschlands durchsetze. Dies spiegelt sich auch in der wohlwollenden Haltung von Rechtspopulist_innen gegenüber dem russischen Präsidenten Putin als Gegenspieler der USA wider, wobei dessen autokratischer Kurs ebenfalls an die autoritären Muster und Zielvorstellungen der Rechtspopulisten anknüpft.

¹ Einen kurzen Überblick über die Behauptungen des Rechtspopulismus und einen entsprechenden Faktencheck zu Flucht, Asyl und Migration finden sie auf der LpB-Homepage unter der Rubrik Blickpunkt.

In der Bundesrepublik Deutschland stehen gegenwärtig drei Themen beim Rechtspopulismus konkret im Vordergrund: Erstens ist die **Islamophobie** zu nennen, die sich als Angst vor einer Islamisierung präsentiert, im Wesentlichen aber Ressentiments gegen Migranten bedient. Zweitens ist die vermeintliche **Überfremdung durch Ausländer** als wichtigste Ursache aller gesellschaftlichen Probleme und Missstände eine zentrale Argumentationsfigur. So richten sich die Bestrebungen von Rechtspopulist_innen nicht nur gegen Muslime sondern auch gegen Flüchtlinge und Asylbewerber im Allgemeinen und gegen Sinti und Roma im Besonderen. Drittens ist eine **Ablehnung der Europäischen Union und ihrer Institutionen bzw. des Europäischen Einigungsprozesses** ein wichtiger Bestandteil der politischen Zielsetzung.

Ziele, Zielgruppen und Funktion

Als Zielgruppen haben Träger rechtspopulistischer Einstellungen neben der klassischen extrem Rechten vor allem ein bürgerliches Potential im Auge. Um sich dauerhaft in der politischen Landschaft mit dem Ziel eines Einzuges in den Bundestag zu etablieren, bedarf es der (Wahl-) Mobilisierung größerer Bevölkerungsteile. Das Potential ist dabei prinzipiell vorhanden: Die Sozialwissenschaftler Decker, Kiess und Brähler ermitteln 2012 für die deutsche Bevölkerung einen Anteil von ca. 25%, die offen sind für ausländerfeindliche Einstellungen. Allerdings ist die Akzeptanz der mobilisierungsfähigen (Wähler-) Schichten für extrem Rechte (wie z.B. Neonazis) und deren Auftreten gering. Wenn Rechtspopulist_innen Erfolg haben möchten, müssen sie sich besonders an die **gesellschaftliche Mitte** wenden und versuchen, das vorhandene Einstellungspotential zu aktivieren und zu radikalieren.

Obwohl der Rechtspopulismus in der Bundesrepublik **noch** keine nachhaltigen politischen (Wahl-)Erfolge zu verzeichnen hat, hat er eine wichtige Funktion. Er kleidet klassische Inhalte der extremen Rechten in scheinbar harmlose Gewänder und macht sie so für größere Bevölkerungsteile annehmbar. Darüber hinaus führt er inhaltlich wie personell extreme Rechte mit Rechtskonservativen zusammen. Auf diese Weise können gemeinsame Strategien und Bündnisse entwickelt werden. Man will die Stimmen und den Zulauf von Neofaschisten **und** Konservativen erhalten. Nicht wenige Rechtspopulisten waren zuvor in neofaschistischen Organisationen aktiv, wie der Pro-Deutschland-Funktionär Manfred Rouhs, ehemals u.a. in der NPD tätig.

Akteure

Bislang wurden rechtspopulistische Inhalte in der Bundesrepublik Deutschland im Wesentlichen von Parteien vertreten. Die Partei „Die Republikaner“, die sich zwischen dem Rechtspopulismus und der extremen Rechten bewegt, spielt keine größere Rolle mehr. Sie ist hauptsächlich zwischen der NPD und neueren rechtspopulistischen Organisationen zerrieben worden. Bei letzteren sind vor allem die Pro-Bewegungen (Pro NRW, Pro Köln, Pro Mainz) zu nennen. Ihnen ist es immerhin gelungen, in einzelnen Regionen, vor allem im Kölner Raum, eine gewisse Bedeutung zu erlangen. Allerdings ist es dem Rechtspopulismus bis vor kurzem nicht gelungen, sich bundesweit als Partei dauerhaft zu etablieren. Diese Ausgangslage hat sich in den letzten drei Jahren verändert.

Mit der AfD ist Ende 2012 ein neuer Akteur in Erscheinung getreten, dessen zunehmende Wahlerfolge eine nachhaltige Verfestigung in der bundesweiten politischen Landschaft möglich erscheinen lassen. Die AfD befindet sich noch in der inhaltlichen Konsolidierungs- und Konstituierungsphase, so dass momentan nicht absehbar ist, welchen dauerhaften Kurs die Partei vertreten wird und ob sie zukünftig als genuiner rechtspopulistischer Akteur auftritt. Entsprechend wird die Frage, ob die AfD eine dezidierte rechtspopulistische Partei ist, in der Wissenschaft kontrovers erörtert. Sie weist aber eine Nähe zu einigen klassisch rechtspopulistischen Argumentationsmustern auf, von denen im Folgenden kurz einige wenige benannt werden sollen.

AfD-Gründungsmitglied Alexander Gauland konstatiert eine angebliche Tabuisierung und Marginalisierung kritischer Haltungen in der Bevölkerung bezüglich Migration (Quelle: Gauland, Alexander: Offener Meinungskampf. Das politisch korrekte Deutschland. In: Tagesspiegel vom 10.12.2012). Hier taucht die Vorstellung auf, das Pressewesen bzw. die Medien spiegeln nicht die Meinung der schweigenden Mehrheit wider und zensierten. Dies erstaunt, wenn man beispielsweise betrachtet, wie Thilo Sarrazins einschlägiger Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ (2010) breit in der Presse (inklusive vieler Fernsehsendungen) thematisiert wurde.

Es gibt eine grundlegende Affinität zu rassistischen Einstellungen. Zum einen sollen Migrant_innen nur dann akzeptiert werden, wenn sie einen nachweisbaren ökonomischen Vorteil für die deutsche Mehrheitsbevölkerung brächten. So äußerte Bernd Lucke, Parteisprecher und Vorstandsmitglied der AfD, in einer Talk-Sendung zu Zuwanderern mit geringer formaler Bildung: „Es kann nicht sein, dass wir wie ein Magnet Menschen anziehen, die dann hier nur eine Art sozialen Bodensatz der Gesellschaft formen werden.“ (Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 13.09.2013). Sinti und Roma bescheinigt Lucke allgemein, nicht integrationsfähig zu sein. Daneben werden besonders antimuslimische Ressentiments gepflegt und bedient.

Eine typische Verbindung von Rassismus und Verschwörungstheorie stellt folgende Äußerung von Armin Paul Hampel, AfD-Vorsitzender in Niedersachsen dar: Andere Parteien wollen Zuwanderung nur, „damit die Deutschen in einem großen europäischen Brei aufgehen.“ (Quelle: Audiodatei in tagesschau.de: <http://www.tagesschau.de/multimedia/politikimradio/audio119582.html>, abgerufen am 07.02.2015).

Der institutionelle Europäische Einigungsprozess wird abgelehnt und als Auflösung der eigenen, deutschen Nation dargestellt. Die aktuellen finanzpolitischen Probleme der EU werden auf die mangelnde Arbeitsbereitschaft der europäischen Südländer zurückgeführt sowie auf die Unfähigkeit deutscher Politiker, nationale Interessen durchzusetzen (Quelle: Lucke, Bernd: Raus aus dem Euro? In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10.12.2012). Ein christlich-konservatives Familienbild soll das vorherrschend gültige Muster für die Gesellschaft sein. Nur dieses sei finanziell und rechtlich zu fördern. Andere, alternative Lebensformen sollen zurückgedrängt werden. Darüber hinaus gibt es einige personelle Überschneidungen von AfD-Mitgliedern und Funktionären mit rechtspopulistischen Organisationen und Organisationen der extremen Rechten. Zwei

sollen hier exemplarisch benannt werden: Detlev Spangenberg (AfD Sachsen und Mitglied des sächsischen Landtages für die AfD) hatte 2010 das „Bündnis für Freiheit und Demokratie“, gegründet, das von seiner Ausrichtung rechtspopulistisch bis rechtsextrem war. Zusammen mit dem Leipziger AfD-Stadtrat Tobias Keller hatte Spangenberg im Umfeld von „Pro Sachsen“ mitgearbeitet. (Quelle: Zeit Online: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/09/09/aktivisten-mit-neonazi-hintergrund-in-der-sachsen-afd_16971, abgerufen am 02.02.2015).

In der AfD ringen drei Strömungen um die innerparteiliche Mehrheit: eine wirtschaftsliberale, eine nationalkonservative und eine extrem rechte Strömung. Die Auseinandersetzung ist noch nicht entschieden. Insgesamt kann man jedoch zur Zeit eine inhaltliche Nähe der AfD zum Rechtspopulismus in Verbindung mit personellen Überschneidungen mit der extrem Rechten feststellen.

Neue Dynamik

In den letzten zwei Jahren hat sich im Bereich des Rechtspopulismus eine neue Quantität und Qualität entwickelt. Es ist den Protagonisten gelungen, über einen möglichen Wahlakt hinaus regelmäßig auf die Straße hin zu mobilisieren. Dabei konnte er bürgerliche Bevölkerungsteile - die bislang nicht für die extreme Rechte oder/und dem Rechtspopulismus zu gewinnen waren- erfolgreich erschließen. Er hat einen Bewegungscharakter entwickelt, der nicht mehr nur punktuell und konkret agiert (wie gegen einen spezifischen Moscheebau in einer Kommune), sondern einen allgemeingültigen und bundesweiten Vertretungsanspruch aufweist (so z. B. PEGIDA).

Zwei Erscheinungen scheinen dabei maßgeblich zu sein. Erstens sind die sogenannten Montagsdemos und Friedensmahnwachen zu nennen. Seit Frühjahr 2014 versammeln sich in unterschiedlicher Zahl in vielen deutschen Städten Aktivisten um für Frieden und gegen die Politik der us-amerikanischen Zentralbank zu demonstrieren. Sie sind in ihrer Zusammensetzung sehr heterogen, nicht nur extrem Rechte und Rechtspopulisten nehmen daran teil. Letztere sind es jedoch, die die Inhalte und Aktivitäten bestimmend gestalten. Antisraelische, antiamerikanische und antisemitische Einstellungen gepaart mit Verschwörungstheorien charakterisieren die Inhalte.

Zweitens war die PEGIDA-Bewegung und ihre Ableger in den letzten Monaten (seit Oktober 2014) mit wachsenden Teilnehmerzahlen auf ihren Kundgebungen sehr erfolgreich. Der hauptsächlich in Dresden bzw. in der sächsischen Region verankerte Zusammenschluss von klassischen Neonazis, anderen extrem Rechten aber eben auch großer Teile aus der gesellschaftlichen Mitte hat sehr öffentlichkeitswirksam extrem rechte und rechtspopulistische Positionen vertreten. Die diffusen Inhalte sind in der Hauptsache rassistisch und richten sich in diesem Zusammenhang vor allen gegen Muslim_innen. Seit dem öffentlichen Auftreten von PEGIDA haben sich die Angriffe auf Migrant_innen, auch nichtmuslimische, erhöht. (Quelle: Report Mainz: <http://www.swr.de/report/pegida-demos/chronik-der-uebergriffe-auf-migranten-und-fluechtlinge-sowie-deren-unterkuenfte/-/id=233454/mpdid=14966976/nid=233454/did=14756452/117pe08/index.html>, abgerufen am 07.02.2015).

Inzwischen hat sich die PEGIDA-Bewegung gespalten. Neben der weiterhin als PEGIDA auftretenden Bewegung versucht eine etwas gemäßigtere Variante (bisher war der Name „Bewegung für direkte Demokratie in Europa“ im Gespräch) weitere Bevölkerungsteile zu erreichen.

Eine Verankerung über die ostdeutsche Regionen hinaus ist dieser Strömung nicht gelungen. Es gibt indessen Versuche einer Annäherung bzw. Kooperation von PEGIDA bzw. einer gemäßigteren Abspaltung von PEGIDA und AfD, die aktuell allerdings noch keinen formellen und expliziten Charakter haben.

Dem Rechtspopulismus gelingt es gegenwärtig sehr erfolgreich, außerparlamentarische Aktivitäten mit Bestrebungen nach dem Einzug in Parlamente zu verbinden. Wenn ein strategisches Bündnis von AfD und PEGIDA bzw. einer Nachfolgebewegung geschlossen würde, wäre von einer **bundesweit** deutlichen wachsenden Bedeutung des Rechtspopulismus auszugehen. Nicht zuletzt durch die anzunehmende größere Akzeptanz in der Bevölkerung hätte er eine wesentlich größere Durchschlagskraft. Die nachhaltige und dauerhafte Etablierung des Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland als akzeptierter politischer Akteur würde voraussichtlich zu einer drastischen Rechtsverschiebung der politischen Landschaft führen.

Aktivitäten in Rheinland-Pfalz

Friedensmahnwachen und Montagsdemos haben in Rheinland-Pfalz allerdings bislang keine Bedeutung, hier weisen sie nur geringe Teilnehmerzahlen auf.

Von den Pro-Listen konnte Pro Mainz als einzige wiederholt in den Mainzer Stadtrat einziehen. Hier gibt es eine personelle Kontinuität mit den „Republikanern, die mehrmals ausreichend Stimmen bekamen. Bis auf diesen Wahlerfolg spielt die Partei jedoch für die extreme Rechte oder für den Rechtspopulismus in Rheinland-Pfalz nahezu keine Rolle.

Die AfD konnte bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz 2014 auf Anhieb in 17 Kommunalparlamente mit 48 Vertretern einziehen. Die Partei steht hier am Beginn ihrer Tätigkeit. Es lassen sich jedoch bereits einige Muster erkennen, die auf inhaltliche Positionierungen und zukünftige Aktivitäten hindeuten:

- Ein AfD-Stadtrat aus Bad Kreuznach wurde aus dem Rat ausgeschlossen, weil er sich als Reichsbürger bezeichnet hat.
- Mehrere AfD-Kreistagsmitglieder stellten auf ihren Landesparteitag einen Antrag, der den Islam als Religion verbieten will.
- Eine AfD-Stadträtin in Zweibrücken referierte bei einer Podiumsdiskussion mit der extrem rechten FPÖ.
- Dr. Scheil (Kreistag des Rhein-Pfalz-Kreises) relativiert die Kriegsschuld des NS und schreibt regelmäßig für die Zeitung „Junge Freiheit“, die sich im Grenzbereich zwischen rechten Konservatismus und der extremen Rechten bewegt.

Es ist noch zu früh, ein fundiertes Fazit vorzunehmen, aber die erwähnten Aktivitäten ordnen sich in klassische rechtspopulistische Inhalte und Aktivitäten ein. Es bleibt abzuwarten, ob die Partei die inhaltliche Nähe zur extremen Rechten weiterhin sucht und dort ihre programmatische Nähe bestimmt oder ob sie sich davon abgrenzen will und kann.

Beobachtung und Aufklärung bleibt notwendig

Die am meisten Erfolg versprechende Organisation des Rechtspopulismus ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicherlich die AfD. Zwar steht eine endgültige inhaltliche Positionierung noch aus, aber die erwähnte aktuelle Nähe dieser Partei zu rechtspopulistischen Inhalten lässt es sinnvoll erscheinen, die Aktivitäten der Partei genau zu beobachten und weiterhin über diese aufzuklären und zu informieren.

Für die Bekämpfung der extremen Rechten ist eine Auseinandersetzung mit den Ursachen ihres Erfolgs und ihren kulturellen Mustern wichtig. Dies beinhaltet auch einen kritischen Blick auf die vorherrschenden Werte und Normalitätsvorstellungen einer Gesellschaft und auf ihre Gemeinsamkeiten mit Einstellungen der extremen Rechten. Hierzu sollten Parlamentarier_innen auch die eigene Politik **selbstkritisch** hinterfragen. Auch im Eifer des Wahlkampfgefechts sollte es einen allgemeinen Konsens geben, sich bei bestimmten Themen wie Migration zurückzuhalten und auf populistische Verkürzungen zu verzichten.

Die Wahlkampfreden über eine „Flut“ von Einwanderungswilligen sind hier an erster Stelle zu benennen. Eine bestimmte Wahlkampfretorik etablierter Parteien macht es der extremen Rechten leichter, daran anzuknüpfen und sich als Vollstrecker des Volkswillens zu gerieren.

Literaturhinweise:

Butterwegge, Christoph und Gudrun Hentges: Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut: Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Opladen 2008.

Decker, Oliver, Johannes Kiess und Elmar Brähler: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn 2012.

Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“ – Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden 2008

Häusler, Alexander, Horst Teubert und Rainer Roeser: Die "Alternative für Deutschland" - eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Hrsg. von der Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2013

Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. Schwalbach/Taunus 2007

Kemper, Andreas: Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Hrsg. von der Friedrich Ebert Stiftung. Berlin 2014.

Schellhammer, Pia, Irmel Münch-Weinmann und Alrun Schleiff: „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den rheinland-pfälzischen Räten. In: AKP, 1/2015, S. 26-27.